

Haushaltsrede 2025

für die CDU-Fraktion von Axel Jäger

Sehr geehrter Frau Pfründer, sehr geehrter Herr Schuh,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

Im letzten Jahr sprach ich davon, dass wir das Land der Dichter und Denker sind. Vergessen habe ich dabei, dass wir auch das Land der Tüftler und Erfinder waren. Ja wir waren es, denn im Moment werden wir von vielen Länder überholt. Und das ist sehr schlecht. Wir haben keine Rohstoffe und müssen unsere Stärken in unseren Innovationen suchen. Hier gilt es unsere Ressource Bildung zu unterstützen. Ich denke dies tun wir in den Kommunen, doch die Unterstützung vom Bund vermisse ich hier enorm.

Deutschlands Kommunen leben immer mehr von der Substanz. Hinzu kommen notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur.

Über die Hälfte des Investitionsrückstandes geht dabei auf Schulen Straßen zurück.

An den Schulen sind wir dran. Wir sanieren und sind so denken wir auch immer im Zeitlichen Rahmen. Aber wie sieht es in diesem Fall mit dem Lehrpersonal aus? Wo sind die benötigten Lehrer? Wir bekommen immer wieder vom Bund durch neue Gesetze mehr Aufgaben wie z.B. bei der verbindlichen Ganztagschule ab 2026. Wer übernimmt die Betreuung der Kinder in den Mittagsstunden? Wieder die Kommunen?

Für mich hat dies schon vor 30 Jahren, als ich das erste Mal in den Gemeinderat gewählt wurde, angefangen. Damals als Anfang der 90`er Jahre das Gesetz des Rechtsanspruchs für alle 3-jährigen Kinder kam.

Unser damaliger Bürgermeister Kübler war außer sich und berief sich damals schon auf das Konnexitätsprinzip. Das Konnexitätsprinzip soll sicherstellen, dass keine kostenintensiven Aufgaben vom Land auf kommunale Ebene übertragen wird, ohne dass die Kommunen für diese Mehrbelastung vom Land einen entsprechenden Ausgleich erhalten.

Es gilt: Wer bestellt, der bezahlt.

Wir sehen gleiches Dilemma wie vor 30 Jahren und seit 30 Jahren!

Nach meiner Meinung hätte der Städte- und Gemeindetag schon lange reagieren müssen.

Wir sehen die Notwendigkeit der Betreuungen. Auch uns ist wichtig, dass beide Partner Arbeiten gehen können. Wir alle wünschen uns, dass unsere gut ausgebildeten Kinder, auch mit Kindern ihren Beruf ausüben können. Die Wirtschaft beklagt schon seit Jahren den Fachkräftemangel. Dazu brauchen wir alle arbeitenden Eltern die aber auch Kinder bekommen können.

Nun das aber.

Die Verteilung der Kosten.

Hierzu Zahlen aus Lauffen.

In der U3 Betreuung, die pro Kind, am besten vom Land gefördert wird, haben wir im Moment 108 Kinder in der Betreuung.

Vom Land erhalten wir rd. 9833,00€ pro Kind und Jahr. Der Elternbeitrag beläuft sich auf rd. 146.000€ macht 1351€ pro Kind und Jahr. Nehmen wir nun den gesamten Abmangel in Höhe von ca1,2 Mio., welcher der Stadt entsteht, teilt diesen durch die Anzahl der 108 Kinder, bezahlt die Stadt pro Kind und Jahr noch über 11.000€.

Der Abmangel bei unseren U3 Plätzen ist in den letzten 10 Jahren von 624 Tsd.€ auf 1,2 Mio. angestiegen bei der Ü3 Betreuung von 1,66 Mio. auf 5,21 Mio. und bei der Hortbetreuung, eine Verdreifachung von 300.00 € auf fast 900.00€. Hier zeigt sich auch, dass wir uns in Zukunft nur noch eine Hort Standort leisten sollten. Der Abmangel in der Betreuung steht somit in diesem Jahr bei rd. 7,23 Mio. €.

Und hier sei die Frage erlaubt: Wo ist der Bund bei dieser Gesellschaftlichen Aufgabe.

Wir müssen uns wegen der Grundsteuerreform verantworten obwohl im Haushalt 2025 nur etwa 3000,00€ mehr ankommen.

3000€ bei einer Grundsteuer A und B von rd. 1,9 Mio.

Herr Schuh rechnet auch in der Mittelfristigen Planung mit eben diesen Zahlen weiter, was wir bei der Vielzahl der Aufgaben für nicht realistisch halten.

Beim Bund sehe ich die Finanzielle Ausstattung etwas anders. So hatte der jeweilige Bundesfinanzminister eine Steigerung der Steuern seit 2019, mit 600 Milliarden zu heute 900 Milliarden immer

mehr Geld zur Verfügung. Und dennoch wird von der Aussetzung der Schuldenbremse geredet und nichts davon, wie man den Kommunen helfen kann.

Auch möchte ich ein Beispiel zu den Straßen nennen.

300.000€ haben wir im Haushalt 2025 für Erhaltungsmaßnahmen eingestellt.

In Lauffen haben wir ca. 50 Kilometer Gemeindestraßen. Alle 50 Jahre sanieren macht 1 Kilometer pro Jahr bei den momentanen Kosten von rd. 1 Mio € pro Km ist knapp gesagt, können wir uns nicht leisten. Bedeutet, Straßen in 50 Jahren wie in der ehemaligen DDR?

Weitere Unterhaltsmaßnahmen von knapp 1,5 Mio. € für unsere Infrastruktur müssen reichen obwohl auch hier wesentlich mehr investiert werden müsste.

Nun würde ich vielleicht etwas ketzerisch fragen, sind Städte und Gemeinden selbst an dieser Situation schuld?

Uns wurde doch in den letzten Jahrzehnten immer mehr aufgebürdet. Wir waren brav, wurden innovativ und haben die Aufgaben trotz, wahrscheinlich zu Zaghafte Beschwerden, gelöst. So mussten sich Bund und Land keine Gedanken machen, denn dort ging man davon aus, die werden es schon schaffen.

Die Unsicherheiten in den Haushalten der Kommunen verschärft sich und der Ausblick ist düster. Fast 90 Prozent erwarten in den kommenden Jahren eher noch eine Verschlechterung der Finanzlage. Derzeit sorgen vor allem Inflation, Tarifabschlüsse sowie steigende Kosten für soziale Leistungen für steigende Ausgaben bei den Kommunen. Während gleichzeitig bei den Steuereinnahmen in den Kommunen nur mit einem leichten Wachstum zu rechnen ist.

Schauen wir uns die Veröffentlichten Berichte unserer Nachbar Kommunen in der Heilbronner Stimme an, sehen wir, dass diese Situation überall vorherrscht.

Ein Wirtschaftsunternehmen welches mehr Ausgaben als Einnahmen hat geht in die Insolvenz.

Die Spielräume für Investitionen werden immer kleiner. Diese sind für die Zukunft Deutschlands jedoch dringend notwendig. „Die deutsche Wirtschaft ist auf gute infrastrukturelle Standortbedingungen angewiesen. Eine gute kommunale Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie Zukunftsinvestitionen unter

anderem in den Bereichen Energie und Klima sowie Digitalisierung sind für die wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar. Bund und Länder stehen in der Pflicht, auch durch Standard- und Aufgabenüberprüfung, die Städte und Gemeinden dergestalt finanziell auszustatten, dass sie handlungsfähig bleiben und in ihre Zukunft investieren können.

An diesem Punkt wünsche ich mir, dass die eine oder der andere Lauffener mehr Solidarität mit unserer Stadt und der jetzigen Situation zeigen.

Wir versuchen zu sparen, um die Stadt am laufen zu halten. Hier möchte ich Ihr Zitat von J.F. Kennedy sehr geehrte Frau Pfründer bemühen. Frage nicht, was deine Stadt für dich tun kann, sondern Frage was Du für deine Stadt tun kannst.

Und hier geht es mir nur um Einsicht nicht um Hilfe. Sparmaßnahmen tun weh. Dass gewohnte nicht mehr oder nicht in dem gewohnten Umfang zu erhalten, heißt Verzicht. Und wir müssen in verschiedenen Bereichen verzichten. So auch z.B. im Freibad mit der Reduzierung der Öffnungszeiten, dem nicht beheizen in der kalten Anfangszeit und dem Schieben von Investitionen. Die alternative wäre das Bad zu schließen. Hier würden wir zwar nicht den gesamten Abmangel von fast 600.000€ einsparen, aber ich denke zwischen 400.000€ und 500.000€ Jährlich würden zusammenkommen. Auch stehen wir zu der Schließung der Toilettenanlage am alten Friedhof und der Reduzierung von öffentlichen Spielplätzen. Und es werden weiter Maßnahmen folgen müssen.

Vielen Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die Ihrem Aufruf sehr geehrte Frau Pfründer folgen und nach Einsparmöglichkeiten für unsere Stadt suchen.

Die CDU-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung, dem Haushaltsentwurf sowie der Mittelfristigen Finanzplanung zu.

Die Mittelfristige Finanzplanung zeigt uns allerdings, dass es ein weiter so mit uns nicht geben kann und wird. Vielleicht müssen wir Kommunen, um es dem Bund zu verdeutlichen unsere Haushalte an die Wand fahren.